

Sozialpartnerinnen und IV: Frühkindliche Bildung ist eine Investition in die Zukunft

WKÖ, ÖGB, AK, LK und IV unterstreichen zum Tag der Elementarpädagogik am 24. Jänner Forderung nach Rechtsanspruch auf flächendeckende Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag

21.01.2022, 11:02



© WKÖ

Anlässlich des Tages der Elementarpädagogik am 24.1.2022 unterstreichen die Sozialpartner - Spitzenvertreterinnen der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), der Arbeiterkammer (AK), Landwirtschaftskammer (LK) - sowie die Industriellenvereinigung (IV), die Bedeutung frühkindlicher Bildung als wichtigen Grundstein für das spätere Leben. Jeder Euro, der in frühkindliche Bildung investiert wird, kommt 8-fach zurück.

Mit der aktuell bis August 2022 laufenden Art. 15a-Vereinbarung wurden seit 2018 Verbesserungen im Bereich der Elementarpädagogik erzielt. Aktuell wird die neue Vereinbarung zwischen Bund und Ländern verhandelt. Die Sozialpartner und die IV zeigen sich einig, "dass jetzt Worten Taten folgen müssen". Alle Kinder müssen zu Beginn ihrer Bildungslaufbahn die gleichen Chancen haben. Mit einem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, für den sich die Sozialpartner und die IV mit Nachdruck einsetzen, wird eine Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder in Österreich gewährleistet.

"Deshalb ist es enorm wichtig, in den aktuellen Verhandlungen weiter nachzuschärfen und die Erfahrungen aus der Praxis der Pädagoginnen und Pädagogen mit einfließen zu lassen. Es braucht vor allem einen klaren Verteilungsschlüssel für die Sprachförderung, der sich an den Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch orientiert", sagt Martha Schultz, Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft und konkretisiert: "Es braucht dringend den Ausbau der Kinderbetreuung in ganz Österreich, ganztägig, leistbar und qualitativ, denn nur so ist ein Betreuungsanspruch umsetzbar und können wir Chancengerechtigkeit für alle Kinder bestmöglich sichern."

Durch Pandemie: Schon vorher schwierigen Bedingungen verschärft

ÖGB-Vizepräsidentin und -Frauenvorsitzende Korinna Schumann verweist zum Tag der Elementarpädagogik darauf, dass dieser Bereich gerade in der Corona-Krise viel zu wenig Beachtung findet. Die schon vorher schwierigen Arbeitsbedingungen haben sich noch verschärft. „Viele Beschäftigte sind am Ende und verlassen dieses Berufsfeld, obwohl sie die Arbeit an sich gerne machen“, unterstreicht Schumann. Das sei umso bedauerlicher, da wir dringenden Aufholbedarf auf dem Weg zu einem flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Betreuungsangebot haben: „Viele Eltern haben Probleme, Betreuung und berufliche Verpflichtungen unter einen Hut zu bekommen. Häufig sind es dann Mütter, die bei ihrer Erwerbstätigkeit zurückstecken. Der Weg zum Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes muss daher rasch beschritten werden.“ Spätestens 2025 müsse der Rechtsanspruch umgesetzt sein. Zudem braucht es endlich einen einheitlichen Rechtsrahmen für ganz Österreich. Denn: „Nur bundesweit einheitliche Mindeststandards können die notwendige Qualität und Planungssicherheit für Eltern, Beschäftigte und BetreiberInnen bringen.“

Ausbau der Betreuungsplätze und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

„Hauptziele müssen die Steigerung der Qualität in der Elementarpädagogik, der Ausbau der Plätze für die Kleinsten und eine bessere Vereinbarkeit mit der beruflichen Tätigkeit der Eltern sein“, so Sabine Herlitschka, Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung (IV). Die mit Jahresbeginn startenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern seien daher eine Chance für den Standort Österreich, die nicht verpasst werden dürfe und für die Bekämpfung des Fachkräftemangels ein entscheidender Faktor. Zudem habe jedes Kind, egal wo in Österreich, von Anfang an das Recht auf eine qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung. Ein wichtiger Ansatzpunkt sei zudem das Zukunftsthema MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). „Wir müssen die natürliche Neugierde und den Forscherdrang unserer Kinder durch spielerische Zugänge zu Technik und Naturwissenschaften fördern. Damit legen wir den Grundstein für Kompetenzen, die in Zukunft noch wichtiger werden“, betont Herlitschka. Basis für mehr Qualität in der Elementarbildung sei eine fundierte, zeitgemäße Ausbildung der Elementarpädagoginnen und -pädagogen, „die gerade in der frühkindlichen Bildung eine Schlüsselrolle einnehmen. Das gilt bei allen Betreuungsangeboten, auch durch Tageseltern, und reicht bis zur Ausbildung im tertiären Bereich“, so die IV-Vizepräsidentin. Um den geforderten Rechtsanspruch bis 2025 tatsächlich realisieren zu können, gelte es, nun die Weichen zu stellen und bei der Ausbildungsoffensive in die Umsetzung zu kommen.

Qualitative und zeitlich flexible Betreuung auch im ländlichen Raum

„Für einen vitalen ländlichen Raum ist der Ausbau der Elementarbildung und -pädagogik ein immer wichtigerer Faktor. Durch ausreichend qualitative und zeitlich flexible Angebote können Familien attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen geboten werden. So können Abwanderung verhindert und Zuzug von Menschen mit oftmals wertvollen Qualifikationen gezielt gefördert werden“, betont die Vizepräsidentin der LK Steiermark, Maria Pein. „Der ländliche Raum hat genauso wie der städtische ein Anrecht auf beste Elementarbildung und -pädagogik. Das Land sollte der Stadt dabei in nichts nachstehen. Im Rahmen dessen sind uns auch nichtinstitutionelle Betreuungsangebote ein wichtiges Anliegen. Dabei denken wir etwa an Tageseltern oder Betreuung am Bauernhof. Für unsere bäuerlichen Familien ist dieses Thema somit gleich von mehreren Seiten von großer Bedeutung. Weiters ist es wichtig, kluge Gemeindekooperationen zu forcieren und gerade kleine Gemeinden finanziell zu unterstützen. Flexible Betreuungsmodelle über Gemeinde- und Bundesländergrenzen hinaus sollten entwickelt werden.“

Der Ausbau von qualitativ hochwertigen Bildungsplätzen und die Ausweitung der Öffnungszeiten erfordern entsprechende finanzielle Mittel, wie AK-Präsidentin Renate Anderl hervorstreicht: „Es braucht eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden, damit genug Geld in die Kinderbildung fließt. Gerade im internationalen Vergleich besteht hier Aufholbedarf. Ziel muss es sein, dass Österreich in diesen wichtigen Zukunftsbereich jährlich eine Milliarde Euro mehr investiert. Diese Milliarde mehr ist gut angelegtes Geld, da die vielen neuen Beschäftigten Sozialversicherung und Steuern zahlen und dadurch enorme Rückflüsse an die öffentliche Hand generiert werden. Zusätzliche positive Effekte gibt es aus der verbesserten Vereinbarkeit mit der Erwerbstätigkeit der Eltern, hier vor allem der Frauen.“

Das könnte Sie auch interessieren

Steuerfreie Mitarbeitergewinnbeteiligung

Bis 3.000 Euro pro Jahr [➤ mehr](#)



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 13/2022

Ausgabe 8. April 2022 [➤ mehr](#)



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 14/2022

Ausgabe 22. April 2022 > mehr